

Niederschrift RAT/VIII/10

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 07.10.2010 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Branse, Martin
Deitert, Manuel
Eimers, Alfred
Espelkott, Tobias
Everding, Clara
Fedder, Ralf
Isfort, Mechthild
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Lembeck, Guido
Meier, Frank
Meier, Lisa Margeaux
Mensing, Hartwig
Rahsing, Ewald
Riermann, Günter
Schaten, Carina
Schenk, Klaus
Schubert, Franz
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Tendahl, Ludgerus
Wilde, Andreas

ab TOP 7 ö.S.

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Kämmerer
Wisner-Herrmann, Sabine	Schriefführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor
Newman, Claudia
Reints, Hermann
Weber, Winfried

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:05 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die zahlreich erschienen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Herrn Wittenberg und Frau Kujas von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 29. September 2010 form- und fristgerecht eingeladen worden und der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

CDU-Fraktionsvorsitzender Steindorf entschuldigte die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Frage zum Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken - Herr Meier

Fraktionsvorsitzender Meier fragte, ob die Gemeinde Rosendahl den Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken aktiv in Zeitschriften und im Internet bewerbe.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass man für den Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken in der Vergangenheit Inserate in den örtlichen Zeitungen geschaltet habe, jedoch ohne besonderen Erfolg.

Für die Objekte Hauptstraße 23,25 und 27 habe man eine Veröffentlichung auf der Internetseite der Gemeinde Rosendahl und in „Immobilien Scout 24.de“ vorgenommen. Letzteres sei jedoch eine Ausnahme gewesen, da die Kosten für die Nutzung zu hoch und Erfolge ausgeblieben seien.

2.2 Verkehrskontrolle auf der Hauptstraße im Ortsteil Osterwick - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf regte an, insbesondere in den Abendstunden die Durchfahrt von LKW durch den Ortskern zu kontrollieren, da offenbar regelmäßig gegen das Durchfahrtsverbot für LKW verstoßen werde.

Bürgermeister Niehues sagte zu, Fachbereichsleiter Homering darüber zu informieren.

Auch tagsüber sei eine Kontrolle sicher sinnvoll, ergänzte Ratsmitglied Everding.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass es auch möglich sei, bei Zuwiderhandlungen gegen das Durchfahrtsverbot das Kennzeichen des entsprechenden Fahrzeuges sowie die Uhrzeit zu notieren und dann die Verwaltung darüber zu informieren.

ren. Man werde dann umgehend die Fahrzeughalter anschreiben und auf die bestehende Regelung aufmerksam machen.

3 Bericht aus anderen Gremien

3.1 Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Musikschule der Gemeinden Billerbeck, Coesfeld und Rosendahl

Bürgermeister Niehues berichtete über die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Musikschule der Gemeinden Billerbeck, Coesfeld und Rosendahl am 30. August 2010. Dem Antrag der Gemeinde Rosendahl auf Halbierung der Umlage sei zwar zugestimmt worden, jedoch mit der Einschränkung, dass diese erst zeitverzögert nach dem Ausscheiden einiger hauptamtlicher Kräfte umsetzbar sei. Frühestens im Jahr 2012 mit dem Ausscheiden des Leiters der Musikschule sei eine Reduzierung und erst im Jahr 2015 mit dem Ausscheiden drei weiterer hauptamtlicher Kräfte sei die Halbierung der Umlage erreichbar. Erfreulicherweise müsse es dadurch aber nicht zu einer Einschränkung des Unterrichtsangebots kommen, da die ausscheidenden hauptamtlichen Kräfte durch kostendeckend arbeitende Honorarkräfte ersetzt werden könnten. Das Konsolidierungsziel des Haushaltssicherungskonzeptes werde aber erst später als geplant erreicht.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Ratssitzung am 08. Juli 2010.
Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

5 Antrag des DRK-Ortsvereines Holtwick e.V. auf Zahlung eines Zuschusses zu den Einrichtungskosten für die Erweiterung des DRK-Kindergartens "Haus Holtwick" für die U 3-Betreuung **Vorlage: VIII/200**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/200 und erinnerte daran, dass das Anliegen schon bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2010 bekannt gewesen sei.

Bei der Einweihungsfeier hätten sich die eingeladenen Ratsmitglieder ein Bild vom Ausbau und der neuen Einrichtung des Kindergartens machen können.

Ratsmitglied Everding erklärte, dass sie von der schönen und vor allem kindgerechten Gestaltung des Kindergartens sehr beeindruckt gewesen sei und die WIR-Fraktion dem Antrag uneingeschränkt zustimmen werde.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Dem Antrag des DRK-Ortsvereines Holtwick e.V. auf Zahlung eines Zuschusses in Höhe von 17.000 € zu den Einrichtungskosten für die Erweiterung des DRK-Kindergartens „Haus Holtwick“ für die U 3-Betreuung wird zugestimmt. Die Auszahlung des Zuschusses kann erfolgen, sobald durch die Vorlage von Rechnungen nachgewiesen ist, dass für Einrichtungsgegenstände für diese Erweiterung mindestens 30.000 € verausgabt worden sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Antrag der Anlieger des Helenenweges vom 2. September 2010 auf Instandsetzung des Helenenweges im Ortsteil Darfeld
Vorlage: VIII/203**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/203.

Fraktionsvorsitzender Branse teilte mit, dass er diesen Antrag für sehr sinnvoll halte. Es müsse geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen eine Sanierung von Wirtschaftswegen stattfinde.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss:**

Der Antrag wird zur Haushaltsplanberatung 2011 an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Antrag der Fraktionen im Rat der Gemeinde Rosendahl vom 1. September 2010 auf Vorlage eines Entwurfes zu einem Gemeindeentwicklungskonzept als Grundgerüst
Vorlage: VIII/187**

Ratsmitglied Deitert nahm ab 19:20 Uhr an der Sitzung teil.

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/187.

Fraktionsvorsitzender Steindorf gab zu bedenken, dass bei einer Verweisung des Antrages auf den Haupt- und Finanzausschuss am 11. November 2010 die Vorbereitungszeit bis zum 01. April 2011 um weitere vier Wochen verkürzt werde.

Er sehe noch Beratungsbedarf bezüglich des Umfangs der gewünschten Masterpläne antwortete Bürgermeister Niehues. Daher halte er eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung nicht für machbar.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass der vorgelegte Antrag aller Fraktionen ein Eingeständnis dafür sei, dass die Politik allein mit dieser Aufgabe überfordert sei. In der aktuellen Sitzung könne kein Masterplan erstellt werden, wichtig sei aber, den gemeinsamen Willen aller Fraktionen durch den heutigen Beschluss zu zeigen.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.09.2010 auf Entwicklung eines Projektkonzeptes "Mystery Kultur Baumberge"
Vorlage: VIII/205

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/205.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass die SPD-Fraktion der Ansicht sei, dass bei diesem Projekt auch schon Kosten entstünden, bevor Entscheidungen für die Umsetzung getroffen würden. Es gebe jetzt schon Probleme mit den Kosten für das Kulturprogramm. Darüber sei bei den Haushaltsberatungen schon ausführlich diskutiert worden. Die SPD-Fraktion glaube nicht, dass es sinnvoll sei, weitere Kosten zu verursachen und werde daher gegen diesen Vorschlag stimmen.

Dem entgegnete CDU-Fraktionsvorsitzender Steindorf, dass die Kalkulation für dieses Projekt auf eine Kostendeckung hinauslaufe. Es solle von Frau Roters als Kulturverantwortliche der Gemeinde Rosendahl betreut werden. Er könne die Mutmaßungen der SPD-Fraktion nur zurückweisen.

Ratsmitglied Everding begrüßte die Aussagen vom Fraktionsvorsitzenden Steindorf wie auch den Antrag der CDU-Fraktion.

Fraktionsvorsitzender Steindorf ergänzte, dass dieses Projekt eine Idee zur REGIONALE 2016 sei. Das Regionalmanagement sei so begeistert gewesen, dass es das Projekt gerne sofort umgesetzt hätte. Im Moment wollten sich die 5 Baumberge-Kommunen daran beteiligen, es sei aber schon daran gedacht, dass Projekt später durch die Beteiligung von weiteren Kommunen zu erweitern. Das Regionalmanagement habe bereits zugesagt, die Printmedien zu unterstützen. Auch einige Rosendahler Firmen hätten sich bereits zu einem Sponsoring bereit erklärt.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kulturbeauftragten der Kommunen Billerbeck, Coesfeld, Havixbeck und Nottuln die Möglichkeit der Durchführung der Projektidee „Mystery Kultur Baumberge“ zu beraten und das Ergebnis im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja Stimmen
2 Nein Stimmen

9 Antrag der CDU-Fraktion vom 20. September 2010 auf Beteiligung der Gemeinde Rosendahl an dem gemeinsamen Projekt von Kommunen im Kreis Borken auf Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik im Zuge der REGIONALE 2016
Vorlage: VIII/207

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/207.

Ratsmitglied Deitert erläuterte zunächst kurz den der Sitzungsvorlage beigefügten Antrag der CDU-Fraktion, sich an dem REGIONALE 2016-Projekt „ZUKUNFT – verstanden“ zu beteiligen. Er wies darauf hin, dass sich an dem Projekt nur die Kommunen beteiligen könnten, die das Straßenbeleuchtungsnetz von der RWE AG zurückgekauft hätten, wie die Gemeinde Rosendahl. Der Projektsprechpartner, Heiner Buß, Bürgermeister der Gemeinde Heiden, habe im Vorfeld bereits sein Einverständnis zu einem eventuellen Beitritt der Gemeinde Rosendahl gegeben. Die CDU-Fraktion erwarte ein hohes Einsparpotential. Der zu leistende Eigenanteil der Gemeinde müsse noch ausgelotet werden.

Ratsmitglied Everding fragte nach, ob es in der Gemeinde noch Straßenlampen gebe, die für eine Umrüstung auf LED-Technik nicht geeignet seien.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er davon ausgehe, dass die derzeit installierte Beleuchtung für die Umrüstung auf LED-Technik geeignet sei. Er rechne damit, dass bei einer 80 %-igen Förderung die Einsparungen bei den Strom- und Unterhaltungskosten ausreiche, um die Finanzierungskosten des Eigenanteils zu decken.

Fraktionsvorsitzender Branse sprach sich dafür aus, zuvor eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anzustellen, um zu sehen, welche Investitionen erforderlich seien. Wenn sich das Projekt wirtschaftlich darstelle, könne er sich eine Zustimmung vorstellen.

Fraktionsvorsitzender Mensing schloss sich der Stellungnahme von Herrn Branse an und begrüßte die Idee. Er habe allerdings in der letzten Ausgabe der Zeitschrift des Städte- und Gemeindebundes gelesen, dass es bei der Umrüstung auch immer wieder zu Schwierigkeiten gekommen sei. Er plädiere dafür, zunächst den Stand der Technik zu überprüfen und genau zu berechnen, welche Einsparungen erzielbar seien. Es habe schon oft Sitzungsvorlagen gegeben, deren spätere Umsetzung sich als schwierig erwiesen habe. Um die Durchführung des Projektes nicht ohne genügende Prüfung der Wirtschaftlichkeit zur Verpflichtung werden zu lassen, bitte die WIR-Fraktion darum, den letzten Satz des Beschlussvorschlages „Dem Projekt ist beizutreten, soweit im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes eine Umsetzung möglich ist“, zu streichen.

Bürgermeister Niehues wendete ein, dass der Antrag nur für alle Kommunen gemeinsam gestellt werden könne. Es gehe hier nur um die grundsätzliche Prüfung, ob der Antrag förderungswürdig sei. Danach könne man eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vornehmen.

Ratsmitglied Everding erkundigte sich, ob die Prüfung der Wirtschaftlichkeit mit Kosten verbunden sei.

Diese Prüfung sei auf jeden Fall mit Kosten verbunden, antwortete Bürgermeister Niehues, da sie von einem Fachmann vorgenommen werden müsste.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass dies genau der Punkt sei, den die WIR-Fraktion ansprechen wolle. Ohne die Wirtschaftlichkeit vorher zu berechnen, wolle sie keine zwingende Teilnahme am Projekt beschließen.

Bürgermeister Niehues bat daraufhin die WIR-Fraktion, einen Änderungsvorschlag zu machen.

Ratsmitglied Fedder fragte nach, woher die Angaben über wahrscheinliche Kosten und die Höhe des Förderanteils stammten.

Im Rahmen der REGIONALE 2016 gebe es Programme, wonach eine Förderung bis zu 80 % möglich sei, antwortete Bürgermeister Niehues. Es sei aber noch offen, ob das auch für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik gelte.

Fraktionsvorsitzender Branse machte deutlich, dass die SPD-Fraktion nur zustimmen könne, wenn zuvor Kosten und mögliche Einsparungen feststünden. Man könne nicht zuerst die Fördermittel besorgen und dann sehen, was man damit machen könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass er das anstehende Verfahren so verstanden habe, dass zunächst eine Projektskizze eingereicht werde. Über die Förderungswürdigkeit dieses Projektes werde zunächst entschieden. Wenn man aber an dem Antrag nicht teilnehme, sei bei einer Bewilligung eine spätere Teilnahme nicht mehr möglich. Umgekehrt gehe er davon aus, dass man sich später zurückziehen könne, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sei.

Ratsmitglied Deitert ergänzte, dass im Lenkungsausschuss am 02. November 2010 über die von den 8 Kommunen eingereichte Projektskizze entschieden werde und es daher wichtig sei, dass die Gemeinde Rosendahl sich schon jetzt beteilige. Er gehe davon aus, dass so im Vorfeld keine Kosten entstünden.

Bürgermeister Niehues teilte ebenso die Einschätzung vom Fraktionsvorsitzenden Steindorf. Zunächst müsse die Projektidee anerkannt werden. Dann erfolge die Prüfung der Gemeinde Rosendahl auf Wirtschaftlichkeit, danach werde der Förderantrag gestellt. Er plädiere dafür, sich daran zu beteiligen.

Ratsmitglied Schulze Baek wunderte sich, warum die ganze Sache so verkompliziert werde. Es gebe die Möglichkeit, einer Projektidee beizutreten und eventuell sparen zu können. In den Ausschüssen könne später über die weitere Verfahrensweise beraten werden. Die endgültige Entscheidung liege in den Händen der Politik.

Ratsmitglied Fedder erklärte, dass er sich nur vorstellen könne, dem Projektantrag beizutreten, wenn er später die Möglichkeit zum Ausstieg aus dem Angebot der ausgewählten Firma habe.

Ratsmitglied Riermann fragte nach, ob der heutige Beschluss für den Beitritt zur Projektidee in irgendeiner Form Zahlungsverpflichtungen nach sich ziehe.

Natürlich sei Verwaltungsaufwand erforderlich, erklärte Bürgermeister Niehues. Ein konkreter Förderantrag werde aber erst gestellt, wenn das Projekt anerkannt sei. Es gebe keine rechtliche Bindung in irgendeiner Form und man habe jederzeit die Möglichkeit, wieder auszusteigen, wenn sich die Wirtschaftlichkeit nicht ergebe bzw. die Haushaltssituation eine Umsetzung des Vorhabens nicht zulasse.

Kämmerer Isfort ergänzte, dass der Rat die Entscheidung über den Haushalt treffe und daher keine Sorge nötig sei, dass es nach dem Beschluss keinen Weg zurück gebe.

Fraktionsvorsitzender Branse vertrat die Ansicht, dass es bei diesem Projekt möglicherweise nicht so sei, dass man noch austreten könne.

Kämmerer Isfort verwies auf das geltende Haushaltsrecht. Der Rat könne nicht gezwungen werden, bestimmte Mittel einzuplanen. Das sei nur über eine Verpflichtungsermächtigung des Rates möglich. Mit dem Beschlussvorschlag werde der Poli-

tik keine Entscheidung weggenommen.

Ratsmitglied Kreuzfeldt teilte mit, dass er den Beitritt zu diesem Projekt für sinnvoll halte.

Bürgermeister Niehues machte an dieser Stelle den Vorschlag, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass man den letzten Satz streiche und durch die Formulierung „und dem Projektantrag beizutreten“ ersetze.

Ratsmitglied Riermann fragte abschließend nach, welche Personen an dem Projekt teilnähmen, wie diese bezahlt würden und wem die Federführung obliege.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Gemeinde Heiden hier federführend sei und er mit dem dortigen Bürgermeister Kontakt aufnehmen werde, um zu erfahren, was gemacht werden müsse. Er gehe ansonsten davon aus, dass zunächst ein Schreiben an die anderen Kommunen nötig sei, dass den Wunsch der Gemeinde Rosendahl zur Teilnahme an dem Projekt zum Ausdruck bringe. Damit seien zwar Verwaltungskosten verbunden, aber keine externen Kosten. Ein Gremium für die REGIONALE gebe es bereits, so dass kein spezieller Ausschuss gebildet werden müsse.

Der Rat fasste sodann folgenden geänderten **Beschluss**:

Die Verwaltung der Gemeinde Rosendahl wird beauftragt, im Konsens mit der Stadt Gescher und den Gemeinden Heek, Heiden, Legden, Raesfeld, Reken, Schöppingen und Velen die Beteiligung der Gemeinde Rosendahl an dem REGIONALE 2016 – Projekt „ZUKUNFT – verstanden!“ zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit innovativer und wirtschaftlicher LED-Beleuchtung zu prüfen und dem Projektantrag beizutreten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10 Vorstellung der Konzeptionen für einen "Generationenpark Haus Holtwick" im Ortsteil Holtwick und einen "Generationenpark Kulturbahnhof Darfeld" im Ortsteil Darfeld
Vorlage: VIII/182/1

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/182/1.

Fraktionsvorsitzender Branse erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion. Es sei vorgeschlagen worden, mit Hilfe von LEADER-Mitteln an zwei Stellen einen Generationenpark aufzubauen, um die Gemeinde Rosendahl damit attraktiver zu machen. Die Frage sei jedoch, ob jeder Ortsteil attraktiver gemacht werden müsse. Schon seit 25 Jahren sei geplant, den Ortsteil Darfeld für den Tourismus weiter auszubauen. Dies biete sich an, da der geplante Bahntrassenradweg Rheine-Coesfeld durch den Ortsteil Darfeld führen werde. Das Gräbtengelände im Ortsteil Holtwick dagegen habe keine Besonderheiten aufzuweisen und sei als Baugebiet ausgewiesen. Wenn man dort den Generationenpark erstelle, müsse das in Konsequenz zukünftig in jedem Baugebiet erfolgen. Die SPD-Fraktion wolle nur im Ortsteil Darfeld einen Generationenpark. Das dafür vorgesehene Gelände sei eine Brache und werde so sinnvoll genutzt. Die Fläche im Ortsteil Holtwick würde durch den Bau eines Generationenparks über Jahre für andere Maßnahmen blockiert.

Bürgermeister Niehues ließ sodann über folgenden Antrag der SPD-Fraktion **abstimmen**:

1. Für die Realisierung des in der Sitzung des Sport-, Jugend-, Kultur- und Sozialausschusses vorgestellten Generationenpark Kulturbahnhof Darfeld werden 120.000 € im Finanzplan bereitgestellt.
Die Finanzierung soll in Höhe von 80.000 € aus LEADER-Mitteln und 40.000 € aus der allgemeinen Investitionspauschale erfolgen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für diese Maßnahme zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja Stimmen
 21 Nein Stimmen

Damit war der Antrag **abgelehnt**.

Fraktionsvorsitzender Meier stellte sodann den **Antrag**, über die beiden Generationenparks für Darfeld und Holtwick getrennt abzustimmen.

Bürgermeister Niehues ließ über diesen Antrag **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: 5 Ja Stimmen
 17 Nein Stimmen
 1 Enthaltung

Damit war der Antrag **abgelehnt**.

Der Rat fasste abschließend folgenden **Beschluss**:

1. Den vorgestellten Konzepten für einen „Generationenpark Haus Holtwick“ im Ortsteil Holtwick und einen „Generationenpark Kulturbahnhof Darfeld“ im Ortsteil Darfeld wird zugestimmt.
2. Für die Realisierung der vorgestellten Generationenparks werden in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 jeweils 60.000,-- für Material- und Gerätekosten zur Verfügung gestellt, wobei die Finanzierung in Höhe von jeweils rd. 40.000,-- aus LEADER-Mitteln und knapp 20.000,-- € aus der Investitionspauschale erfolgt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die vorstehenden Maßnahmen zu schaffen und die Fördermittel aus dem LEADER-Programm zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja Stimmen
 5 Nein Stimmen
 1 Enthaltung

**11 Zuleitung des Entwurfes des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2008
der Gemeinde Rosendahl gemäß § 95 GO NRW
Vorlage: VIII/208**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/208.

Kämmerer Isfort erläuterte anhand einer Power Point Präsentation den Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2008, der allen Ratsmitgliedern zur Sitzung vorlag.

Der Rat fasste anschließend folgenden **Beschluss**:

Der in der Sitzung des Rates am 07.10.2010 zugeleitete Entwurf der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 der Gemeinde Rosendahl wird gemäß §§ 59 Abs. 3 und 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VIII/181**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 08. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage VIII/181 als Anlage I beigefügte Verwaltungsgebührensatzung wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13 1. Erweiterung der 7. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick, im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/183**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 30. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 1. Erweiterung der 7. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13 a des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/183 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsmitglied Kreuzfeldt war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.

14 37. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick

**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/184**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 30. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 37. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - jeweils in der zurzeit geltenden Fassung - entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/184 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsmitglied Kreuzfeldt war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.

15 1. Änderung der 2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße", Ortsteil Darfeld, im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BAuGB)

**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/189**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 30. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 1. Änderung der 2. Erweiterung des Bebauungsplanes „Nördlich der Höpinger Straße“, Ortsteil Darfeld, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13 a des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/189 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16 2. Änderung des Bebauungsplanes "Südlich der Hauptstraße" im Bereich der

2. Erweiterung , Ortsteil Osterwick, im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)

**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/190**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 30. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes "Südlich der Hauptstraße" im Bereich der 2. Änderung, Ortsteil Osterwick, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13 a des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/190 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 17 **4. Änderung der 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/191**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 30. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 4. Änderung der 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick", Ortsteil Holtwick, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13 a des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/191 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 18 **1. Änderung des Bebauungsplanes "Niehoffs Kamp" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB) hier: Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 und 13a BauGB sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/193**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 30. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Niehoff's Kamp“ wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB auf Grundlage des der Sitzungsvorlage Nr.VIII/193 beigefügten Planentwurfes bestehend aus Satzung, Begründung und Planausschnitt durchgeführt.

Gemäß § 13 a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung der Planunterlagen beschlossen.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19 2. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über die Grenzen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Darfeld gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VIII/194

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 30. September 2010.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur Durchführung der 2. Änderung der Satzung der Gemeinde Rosendahl über die Grenzen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Darfeld wird gemäß § 34 Abs. 4 bis 6 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 BauGB beschlossen. Die Änderungssatzung wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 sowie Satz 2 für die Grundstücke, die dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/194 beigefügten Planausschnitt zu entnehmen ist, durchgeführt. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Der Beschluss wird gemäß § 34 Abs. 6 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 BauGB bekannt gemacht.

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 wird die öffentliche Auslegung der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/194 beigefügten Planunterlagen beschlossen.

Die öffentliche Auslegung ist gemäß § 13 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja Stimmen
1 Enthaltung

20.1 Änderung des Sitzungskalenders

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der Sitzungskalender dahingehend geändert worden sei, dass die Sitzung der Zweckverbandsversammlung vom 02.12.2010 auf den 09.11.2010 vorgezogen werde, da dringender Beratungsbedarf wegen der geplanten Gemeinschaftsschule in Billerbeck bestehe. Der Haushalt 2011 des Zweckverbands könne in dieser Sitzung gleich mit beraten werden.

Weiter würden die Termine des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und der Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Rosendahl am 17. und 18.11.2010 getauscht, da in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses ein Mitarbeiter des Kreises Steinfurt die Planung des Bahntrassenradweges für den Ortsteil Darfeld vorstellen werde. Dieser Mitarbeiter könne nur am Mittwoch, 17.11.2010 an der Sitzung teilnehmen.

20.2 Gesetzentwurf der Landesregierung "Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010"

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf „Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010“ vorgelegt habe, wonach den Kommunen zur Verbesserung der Finanzausstattung Mittel in Höhe von etwa 300 Mio. € bereitgestellt würden. Für die Gemeinde Rosendahl bedeute dies eine Nachzahlung in Höhe von 150.948,75 €, wobei die darin enthaltenen Schlüsselzuweisungen in Höhe von 104.005 € zur Entlastung des Haushaltes und die zusätzliche Investitionspauschale in Höhe von 46.944 € zur Verbesserung der Liquidität beitrügen.

20.3 Geplante Änderung des AG SGB II NRW - Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt der Gemeinde Rosendahl

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der Verfassungsgerichtshof NRW der Verfassungsbeschwerde einer Reihe von kreisfreien Städten und Kreisen stattgegeben habe, wonach der Verteilungsschlüssel für Finanzausweisungen des Landes wegen der Ersparnis beim Wohngeld aufgrund von Plausibilitätsmängeln und fehlerhaften Daten nicht hinreichend valide sei.

Aufgrund dessen sei in einem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf geplant, eine neue Grundlage für den Verteilungsmaßstab der Wohngeldersparnis rückwirkend seit 2007, sowie einen Verrechnungsmodus für die Jahre 2011 bis 2018 zu schaffen. Der Gesetzentwurf sehe für den Kreis Coesfeld für die Jahre 2007 bis 2009 einen Nachteilsausgleich (= Erstattung) in Höhe von rd. 2,5 Mio. € vor. Da es einen Vertrag über die gesonderte Abrechnung der SGB II-Leistungen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden gebe, würden der Gemeinde Rosendahl für die Jahre 2007 – 2009 rd. 98.000 € erstattet, wenn der vorliegende Gesetzentwurf so beschlossen werde.

20.4 Querungshilfen auf der Baumberger Straße (L577) im Kreuzungsbereich Klockenbrink/Droste-Hülshoff-Weg im Ortsteil Osterwick

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er von Frau Everding darauf angesprochen worden sei, ob die Querungshilfe für die Schulkinder aus dem Wohngebiet „Klockenbrink“ im Ortsteil Osterwick, die die Baumberger Straße (L 577) im Kreuzungsbereich Klockenbrink/Droste-Hülshoff-Weg Osterwick überqueren müssten, nicht verbessert werden könne.

Fachbereichsleiter Homering habe daraufhin mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW Kontakt aufgenommen und die Zusage erhalten, dass die Querungshilfe im nächsten Frühjahr auf heute geltende Standards (weiß reflektierende Randmarkierung und Erneuerung der Fahrbahnmarkierung vor den Querungshilfen) umgerüstet werde.

Die Frage von Ratsmitglied Everding, ob sie dies schon so an die Eltern der Schulkinder weitergeben könne, bejahte Bürgermeister Niehues.

20.5 Ausscheiden eines Ratsmitgliedes

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass das Ratsmitglied Claudia Newman aus Rosendahl verzogen sei und daher das Ratsmandat kraft Gesetzes zum 01. Oktober 2010 endete. Zunächst werde laut Reserveliste Herr Bockemühl angeschrieben, ob er das Ratsmandat übernehmen wolle. Sollte dieser ablehnen, seien die weiteren Namen auf der Liste zunächst Frau Kreutzfeldt-Körner und dann Herr Henken.

20.6 Bewilligungsbescheid für den Bau des 3. Abschnittes des Bahntrassenradweges Rheine-Coesfeld

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass der Bewilligungsbescheid für den dritten Bauabschnitt des Bahntrassenradweges Rheine-Coesfeld mit einer 75 %-igen Förderung eingegangen sei. Der dritte Bauabschnitt beziehe sich auf die Strecke von Laer bis Billerbeck-Lutum. Geplant sei in 2011 die Brückensanierungen durchzuführen, im Herbst desselben Jahres den Freischnitt vorzunehmen und mit dem Bau des eigentlichen Radweges im Frühjahr 2012 zu beginnen.

Weitere Informationen, insbesondere die Vorstellung der Planung erfolgten in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 17. November 2011.

21 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Niehues
Bürgermeister

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführerin